

Das schmerzt:

St. Lukas Klinik in Ohligs schließt



Nach fast 60 Jahren kommt das Aus für die Klinik am Standort Solingen-Ohligs

Am Dienstag, den 14. Dezember des Vorjahres, verkündete der Sprecher der katholischen K-plus-Gruppe das Ende der St. Lukas Klinik in Solingen-Ohligs. Nur wenige Stunden zuvor erfuhren dies auch die 550 Beschäftigten. Die Klinik gehört zur Gesundheitsversorgung in Solingen, genießt einen guten Ruf, die Beschäftigten leisteten beste Arbeit.

Rendite geht im Kapitalismus vor Humanität

Das Ende der St. Lukas Klinik ist ein weiteres Kapitel auf dem traurigen Weg, den das Gesundheitswesen in Deutschland geht. Private Institutionen oder Gruppen wie k-plus entscheiden ohne Rücksicht auf das öffentliche Interesse. Für sie zählen nur der eigene Nutzen und die Rendite für die Anteilseigner. Denn das Gesundheitswesen in Deutschland ist privatisiert. So sterben Jahr für Jahr Krankenhäuser, weil sie sich „nicht rechnen“ oder weil ihre Sanierung sich „nicht lohnt“, wie das im Fall der St. Lukas Klinik in Solingen-Ohligs angeblich der Fall ist.

Laut Bertelsmann-Stiftung und CDU/FDP-Krankenhausesplan NRW soll ca. die Hälfte der Krankenhäuser in unserem Land geschlossen werden. Jetzt erlebt das Solingen am eigenen Leib.

Gesundheitswesen ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge

Die Schließung von Krankenhäusern ist der falsche Weg. Das Gesundheitswesen ist „öffentliche Daseinsvorsorge“. Kranken- und Pflegeeinrichtungen können und dürfen sich nicht „rechnen“, sollen keine Profite für Aktionäre abwerfen. Die Krankenkassen und die Öffentliche Hand (und damit unsere Steuergelder) haben für den Betrieb der Einrichtungen einschließlich notwendiger Investitionen zu sorgen.

Corona lehrt uns: Ein beträchtlicher Teil des Reichtums unserer Gesellschaft muss in das Gesundheitswesen gesteckt werden. Krankenhäuser zu schließen oder Betten abzubauen, das passt nicht in die Zeit. Corona lehrt auch: Die Patienten haben ein Recht auf schnell erreichbare gute Gesundheitsversorgung. Und die Beschäftigten können das leisten: Pflegekräfte, Ärzt*innen, Servicepersonal - eben alle, die Dienst am Menschen leisten. Wir brauchen jedes Krankenhaus und jede Pflegeeinrichtung.

Das kommunale Klinikum Solingen ist noch vor nicht allzu langer Zeit der Insolvenz entgangen und kann weiterbestehen. Öffentlicher Druck hat geholfen. Der Slogan „Das Klinikum muss bleiben“ konnte sich durchsetzen. Von der St. Lukas Klinik in Solingen-Ohligs müssen wir uns nun wohl leider verabschieden. Es ist zu hoffen, dass die Beschäftigten in Hilden wieder Arbeit finden.



Corona kann nur global bekämpft werden:

Impfungen weltweit ermöglichen!

Die Corona-Pandemie hat uns voll im Griff. Konzerte fallen aus, Zusammentreffen mit mehreren Menschen sind kaum noch möglich und man verbringt viel Zeit an Orten, die man früher gar nicht kannte: Testzentren. Die zurzeit häufig einzigen größeren Menschenansammlungen, die man zu Gesicht bekommt, sind die unsäglichen Demonstrationen von Menschen, die die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus ablehnen. Die zum großen Teil ohne Einhaltung der elementarsten Schutzvorschriften durch die Straßen ziehen: Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, Menschen, die meinen, die Wissenschaftler*innen stünden alle auf der Gehaltsliste von Bill Gates, ziehen Hand in Hand mit Neonazis durch die Straßen und machen sich mit ihnen gemein.

Impfpatente müssen international freigegeben werden

Dabei sind heute alle Maßnahmen notwendig, die gegen die weitere Ausbreitung der Pandemie und die Überlastung der Krankenhäuser wirken können. Und das nicht nur auf nationaler Ebene, sondern weltweit! Denn wenn die reichen Länder der westlichen Hemisphäre nicht sicherstellen, dass in allen Ländern der Welt die Menschen geimpft werden können, wird in dieser globalisierten Welt die nächste Mutante mit dem nächsten Flieger wieder bei uns landen.

Eine Forderung, für die es sich zu demonstrieren lohnte, wäre die Freigabe der Impfstoff-Patente welt-

weit und die Unterstützung beim Aufbau einer Impfstruktur in allen Ländern, in denen es nötig ist. Die Entwicklung der Impfstoffe wurde schließlich durch öffentliche Gelder, also unsere Steuergelder, finanziert. Die Freigabe der Rezepturen widerspricht allerdings den Profitinteressen des Kapitals, die auf ihre Rendite verzichten müssten. Wieder einmal wird deutlich: Investitionen werden öffentlich gefördert, Gewinne daraus werden privatisiert.

Privatisierung des Gesundheitswesens stoppen!

Die Überlastung der Krankenhäuser ist auch nicht zuletzt ein Ergebnis der Privatisierung der Krankenhäuser. Wir dürfen die Gesundheitsversorgung nicht den Profitinteressen einiger weniger „Gesundheitskonzerne“ überlassen.

Ein Ergebnis sehen wir in der geplanten Schließung der St. Lukas Klinik in Solingen-Ohligs. Deshalb ist eine weitere Forderung, für die wir demonstrieren sollten, die Privatisierung des Gesundheitswesens zurückzunehmen. Wo und wie viele Krankenhäuser es gibt, darf nicht vom Gewinnstreben einzelner Konzerne abhängen, sondern vom Bedarf der Menschen.

Gesundheitsversorgung muss sich nicht „rechnen“! Bei anderen öffentlichen Aufgaben, zum Beispiel bei der Polizei, käme auch niemand auf die Idee, dieses zu fordern.

Forderungen der DKP in der Corona-Krise

- * **Für ein demokratisches Gesundheitssystem in öffentlicher Hand!**
- * **Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung!**
- * **Sicherstellung und strenge Kontrolle des Gesundheitsschutzes in den Betrieben!**
- * **Ausweitung der Unterstützungsmaßnahmen für Soloselbstständige, kleinere und mittlere Unternehmen!**
- * **Sofortige Millionärs- und Milliardärs-abgaben!**
- * **Für die sofortige weltweite Freigabe der Impfpatente!**

**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

26.-28.8.2022
REVIERPARK WISCHLINGEN DORTMUND

SAVE THE DATE!

pressefest.dkp.de

Konzert frei!
Musik alle aufbauen.
Essen, Kaffee,
Kuchen, das was sich
finden. Musik, um eine
tolle Atmosphäre zu schaffen!



Die ehemalige Firma Borbet GmbH stellt PKW- und LKW-Stahlräder her und hat ihren Standort auf dem ehemaligen Kronprinz-Gelände in Solingen-Ohligs. Heute firmiert das Unternehmen unter Accuride Wheels Solingen GmbH und ist Teil des US-amerikanischen Konzerns Accuride.

Dunkle Wolken über der Weyerstraße

Das Aus für Borbet – scheibchenweise?

Während die Republik sich fast nur noch mit Impfpflicht, Quarantänen und „Querdenker“-Spaziergängen beschäftigt, erscheinen solche Meldungen wie die Schließung der St. Lukas Klinik in Solingen-Ohligs und „Hohe Verluste-Schutzschirmverfahren bei Borbet“ (Tageblatt 4.12.2021) einmalig auf den Titelseiten, um dann recht bald wieder vergessen zu werden. Die 644 Borbet-Beschäftigten auf der Weyerstraße können aber nicht vergessen und sind in großer Sorge. Es geht um ihre Arbeitsplätze, um ihre Zukunft und die ihrer Familien.

Schutzschirmverfahren eröffnet

Die Borbet-Geschäftsleitung hatte mitgeteilt, wegen „hoher Verluste“ würde sich das Unternehmen unter einen „Schutzschirm“ stellen. Dieses Verfahren ist einer Insolvenz vorgelagert und kommt bei drohender Zahlungsunfähigkeit zur Anwendung. Was es bewirken soll, erklärte der zuständige Fachanwalt: Es biete die Möglichkeit, „unter erleichterten Bedingungen arbeitsrechtliche Maßnahmen durchzuführen“ (zitiert nach Tageblatt vom 4.12.2021). Im Klartext: Personalabbau und Kündigungen drohen.

Zurecht ist Schlimmstes zu erwarten. Noch im Januar sollten Beratungen mit der Unternehmensleitung stattfinden und Entscheidungen kommen. So hängt das Damokles-Schwert über der Belegschaft. Wen wird es treffen, wenn drastisch reduziert wird, um Kosten zu sparen?

Wie zu hören ist, ist jedenfalls der Teil der Belegschaft, der gewerkschaftlich organisiert ist, zum Widerstand bereit. Wir werden ihren Kampf solidarisch begleiten.

Arena Bergisch-Land in Solingen

Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt...?

Ein Gespenst geht um im Bergischen Land: „Eine Arena muss her!“ Zuerst wurde damit Wuppertal „beglückt“. Am Westring, in Verlängerung des Industriegebietes Piepersberg, sollte sie gebaut werden. Sollte - doch der Protest der Vohwinkler Anwohner*innen und die prekäre Finanzlage der Stadt Wuppertal machten einen Strich durch die Rechnung.

Jetzt also in Solingen! 50 Millionen Baukosten sind angedacht, mit Sicherheit werden es mindestens 70 Millionen. Drumherum soll alles platt gemacht werden: die Sporthalle, der Verkehrsgarten, die Fußball- und Bolzplätze - alles soll weichen. Welch ein Größenwahn, welch eine Wunschvorstellung! Niemand braucht dieses Millionengrab: nicht das stark verschuldete Solingen, nicht die Sportvereine oder die Anwohner*innen. Schauen wir uns um, in anderen Städten können solche „Event Arenen“ besichtigt werden. Dort werden sie nur noch als Trödelmarkt verwendet.

5000 Zuschauer werden geplant für den Bergischen Handball-Club, der gerade einmal eine gewachsene Fan-Struktur von 1500 Zuschauern pro Spiel hat und sich laut Feststellung des Solinger Tageblattes vom 18. Dezember 2021 „im freien Fall“ befindet. 8000 Plätze für Veranstaltungen und Konzerte. Leben wir in Düsseldorf oder in Köln? Welche Finanzhaie und Utopisten stellen solche Pläne auf?

Wer soll sich in Zukunft nach Solingen verirren, welche Stars und welche Bands sollen die Halle füllen? Wohin soll der Schul- und Vereinssport während der Auf- und Abbauphasen für solche Veranstaltungen weichen?

Ein „Gespenst“ geht um im Bergischen Land. In Solingen darf sich das „Gespenst“ nicht niederlassen. Was sagen die Anwohner*innen am Weyersberg? Was ist mit den Sportplätzen und dem Verkehrsgarten? Wie soll der Autoverkehr für 8000 Zuschauer bewältigt werden? Wer glaubt daran, dass die Bahn zeitnah eine eigene Zughaltestelle in der Nähe einrichtet? Als Beispiel sei daran erinnert, dass bis heute die seit Jahren von den Anwohner*innen und der Stadt geforderte Haltestelle „Meigen“ nicht realisiert wird.

Wir fordern einen Volksentscheid zu Planung und Bau einer neuen Bergisch-Land-Arena!



Weitere Informationen: www.dkp-solingen.de

E-Mail: dkp-solingen@web.de

V. i. S. d. P.: Horst Krämer, Melanchthonstr. 5, 42653 Solingen

Neues Versammlungs(verhinderungs)gesetz in NRW in Kraft



Jurist*innen demonstrieren im Herbst 2021 gegen das neue Versammlungsgesetz in NRW.

Seit dem 15.12.2021 ist es beschlossene Sache, inzwischen ist es auch in Kraft getreten: Das neue Versammlungsgesetz NRW (VersG) ist trotz massiver Proteste diverser Organisationen, Gewerkschaften, Vereine und Rechtswissenschaftler*innen mehrheitlich vom Landtag angenommen worden.

Es beinhaltet u.a. vielfältige Neuerungen im Vergleich zum bislang geltenden VersG des Bundes, welche die grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit in erschreckendem Maße einschränken und auf ihr Minimum reduzieren. So dürfen nach der neuen Rechtslage z. B. Aufmärsche von Neonazis per se nicht blockiert werden, der Polizei als Versammlungsbehörde steht ein Ablehnungsrecht gegen Versammlungsleiter*innen und Ordner*innen zu, Ordner*innen müssen auf Aufforderung mit Namen und Adressen benannt werden und einzelne Personen, die von der Polizei meist willkürlich als „Gefährder“ eingeschätzt werden, dürfen von Versammlungen ausgeschlossen werden.

Besonders enttäuscht zeigt sich das NRW-weite Bündnis gegen das neue VersG vom Verhalten der FDP in NRW. Mehrere Bundes- und Landespolitiker*innen der selbsternannten Freiheitsverteidiger hatten bereits nach der ersten Großdemonstration in Düsseldorf im Juni vergangenen Jahres und deren brutaler und mutmaßlich rechtswidriger Auflösung durch die Polizei angekündigt, den Gesetzentwurf nicht mittragen zu wollen. Das Ergebnis: ein paar kosmetische Änderungen, im Wesentlichen bleibt aber die Stoßrichtung gleich. Progressiver gesellschaftlicher Protest gegen rechte Hetze, Umweltzerstörung, Lohnkürzungen usw. soll kriminalisiert und wesentlich erschwert werden.

Trotz der durch die NRW-FDP eingebrachten kosmetischen Korrekturen bleibt das neue VersG laut dem Bündnis NoVersGNRW und auch Jurist*innenorganisationen wie der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V. (VDJ) versammlungsfeindlich

und das „illiberalste“ Versammlungsrecht in ganz Deutschland.

Anfang des Jahres 2022 ist das neue NRW-Versammlungsrecht inzwischen schon zum Einsatz gekommen. In Wuppertal wurde ein Versammlungsleiter von der Polizei abgelehnt. Ihm wurde somit schlichtweg sein Grundrecht aus Art. 8 unseres Grundgesetzes verweigert – auf Grundlage einer einfachen Einschätzung durch die Polizei.

Breites Bündnis prüft Verfassungsbeschwerde

Das NRW-weite Bündnis hat bereits – ebenso wie mehrere andere Organisationen - beschlossen zu prüfen, inwiefern eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen einzelne Normen des VersG Erfolgsaussichten hat.

Es bleibt zu hoffen, dass dieses gegen Gewerkschaften, Antifaschist*innen, die Umweltbewegung und viele progressive Proteste mehr gerichtete Gesetz wieder dahin verschwindet, wo es hergekommen ist. Die Landtagswahlen in diesem Jahr bieten hierzu eine hervorragende Möglichkeit. Dennoch hat das Verhalten der FDP im Landtag gezeigt, dass wir uns auf die Versprechen der bürgerlichen Parteien nicht verlassen können.

Die DKP Solingen steht solidarisch an der Seite aller, die durch das neue VersG ihrer Grundrechte beraubt werden und wird auch weiterhin den Protest auf der Straße gegen die Aushöhlung unserer demokratischen Grundrechte organisieren und nach Kräften unterstützen.



Auch Mitglieder der SDAJ engagierten sich auf Demonstrationen im Kampf gegen das neue Versammlungsgesetz in NRW.

Jugendkultur in Solingen – ein Armutszeugnis

Die gute Nachricht zuerst: Im Vergleich zu ähnlichen Städten ist Solingen eine Kulturoase! Oder besser gesagt: Sie wäre es, wenn nicht viele Kulturstätten von Schließungen betroffen wären. Das Getaway war immer eine Institution, die jedes Wochenende gefühlt die Hälfte aller jungen Leute aus Solingen angezogen hat. Es wurde 2018 geschlossen. Daneben gibt es u. a. noch das Waldmeister, welches selbstverwaltet ist und ohne die Finanzierung durch die Mitglieder nicht mal die Corona-Pandemie überstehen würde. Auch die Kulturangebote der AWO, wie z. B. das Monkeys oder das Rollhaus, sind noch nicht breit genug und erreichen nicht genügend Menschen. Gründe dafür sind die, im Vergleich zu z. B. Videoplattformen und -spielen, nicht konkurrenzfähigen Einstiegshürden: Zu teuer durch Eintritts- und Getränkepreise, zu langsam durch Anfahrtszeiten mit dem kaputtgesparten ÖPNV, zu wenig interaktiv, da es häufig immer noch ein Privileg von bürgerlichen jungen Leuten ist, selbst ein Instrument zu spielen und ein Musikprojekt samt Proberaum zu finanzieren. Weitere Gründe liegen in der Lebens- und Lernsituation der jungen Leute: Stress und Leistungsdruck in Schule, Ausbildung oder Studium fordern die meiste Zeit und Energie ein. In der Leistungsauslesegesellschaft fällt die Wahl zwischen sozialer Aktivität und weiterer Selbstoptimierung für den Arbeitsmarkt immer häufiger auf Letzteres.

Corona erschwert kulturelle Teilhabe weiter

Seit Corona ist es für junge Leute noch schwerer geworden, kulturell an der Gesellschaft teilzuhaben: Wegen Ausgangssperren, teilweise sehr unsinnigen anderen Corona-Maßnahmen, keiner Möglichkeit bspw. im Fußballverein zu trainieren oder mit der eigenen Band zu proben (während der Lockdowns). Da gerade junge Menschen aus Arbeiterfamilien sich schon vorher nur wenig kulturelle Teilhabe leisten konnten und das durch Corona nochmal erschwert wurde, wird deutlich, dass kulturelle Teilhabe größtenteils vom Geldbeutel der Eltern abhängt.



Das selbstverwaltete Kulturzentrum Waldmeister befindet sich im Gebäude des ehemaligen Walder Bahnhofs.

Schon vor Corona war die Kultursituation insgesamt etwas mau, weil die Stadt nicht genügend an staatlichen Geldern in Kultur investiert hat. Aber wir wollen ja nicht nur vom Ist-Zustand ausgehen, sondern vom Soll-Zustand: Eine Kostenumlage, in die alle Betriebe einzahlen, um Kultur, Soziales und ÖPNV zu schaffen und zu fördern.

Wir fordern daher:

- * **Möglichkeiten zur Schaffung öffentlicher Jugendzentren unter selbst gestaltetem Betrieb!**
- * **Finanzielle Förderung von selbstverwalteten Kulturprojekten, -initiativen und Jugendzentren!**
- * **Ausbau statt Kürzung bei Bibliotheken, Schwimmbädern, Kunst- und Musikschulen!**
- * **Flächendeckende Versorgung mit kostenfreien Sporteinrichtungen und Schaffung von frei nutzbaren Sportplätzen!**
- * **Kürzungsstopp bei Sportvereinen, stattdessen finanzielle Förderung des Breiten-sports!**

Kontakt zur SDAJ Solingen:

Mail: info@sdaj-solingen.com

Instagram: [sdaj_sg](https://www.instagram.com/sdaj_sg)

Gedenken an sowjetische und polnische Zwangsarbeiter*innen

Auch im November 2021 gedachten Menschen linker und antifaschistischer Organisationen und Nichtorganisierte der im Faschismus getöteten sowjetischen und polnischen Zwangsarbeiter*innen. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Anna, die sie im Rahmen der Gedenkveranstaltung gehalten hat.

„Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde!

Mein Name ist Anna und ich spreche hier als Antifaschistin und Mitglied der SDAJ. Wir treffen uns jährlich an diesem Ort, um der vor allem sowjetischen und polnischen Zwangsarbeiter zu gedenken, die während der Zeit des Hitlerfaschismus nach Solingen verschleppt, hier ausgebeutet und ermordet wurden! Über 10 Millionen Zwangsarbeiter wurden während der terroristischen Diktatur der NSDAP insgesamt nach Deutschland gebracht, um sich zum Nutzen und für den Profit großer Unternehmen wie der IG Farben, Siemens und Krupp zu Tode zu schuften.

Allein in Solingen betrug die Zahl der Zwangsarbeiter 16000, davon mehr als 8000 aus der Sowjetunion. Ein großer Teil der Zwangsarbeiter in Solingen starb während dieser dunkelsten Epoche der europäischen Geschichte. Für die Zwillingswerk AG, Kronprinz, Rautenbach, die Stadtverwaltung und rund 500 weitere Betriebe arbeiteten sie den ganzen Tag unter gefährlichsten und menschenverachtendsten Bedingungen, bekamen kaum zu Essen, durften während der Bombardements nicht in die Schutzkeller und wurden im Sinne der faschistischen Ideologie als ‚Untermenschen‘ betrachtet und behandelt. (...)

Wenn wir uns hier treffen, um dieser vielen Menschen zu gedenken, kommen wir nicht umhin, auch einmal in die Gegenwart zu blicken: (...) Die rechtsaußen-AFD macht offen gemeinsame Sache mit Faschisten, Rassisten und den sie vertretenden Parteien wie ‚Die RECHTE‘, der NPD und dem 3. Weg. Immer neue rechtsterroristische Netzwerke bei Polizei, Bundeswehr und in Zivil tauchen auf. In Solingen warfen Jugendliche Ende Oktober Molotowcocktails auf ein Mehrfamilienhaus. Faschisten lagern Waffen, Sprengstoff und Munition, teilweise auch Leichensäcke und Todeslisten und dieser Staat, in dem die Altnazis wieder in Amt und Würden kamen, tut nichts.

Das Netzwerk NSU-Verfassungsschutz wird immer offensichtlicher, die Schredderung von Akten durch die ‚Verfassungsschützer‘, die Verdeckung von Informationen, die Hilfe bei der Waffenbeschaffung - was geht hier ab?! Doch wundern darf man sich darüber nicht. Diese Institutionen sind doch Teil der Entwicklung und oft genug ein Instrument zur Finanzierung, Unterstützung und des Versteckens von Rechtsterroristen, stellen somit eine Gefahr für unsere Demokratie dar und gehören offensichtlich abgeschafft. (...)



In den letzten Jahren hatten wir als Motto dieser Veranstaltung oft „Wehret den Anfängen“ gewählt. Wir müssen jedoch feststellen, dass dieses Zitat nicht zeitgemäß ist. Wir sind nicht mehr am Anfang, wir sind mitten in der Rechtsentwicklung, die sich durch die gesamte Geschichte der Bundesrepublik zieht.

Ob Rassengesetze-Mitverfasser Globke, der bis Anfang der 60er Kanzleramtschef war, ob das Solinger NSDAP-Mitglied und späterer Bundespräsident Walter Scheel, die Chefs und Gründer des Verfassungsschutzes, die Justiz, die Regierungen, sie alle waren von Faschisten durchsetzt, der Verfassungsschutz ist es offensichtlich heute noch.

Wir sind auch deshalb gegen die falsche Toleranz, mit der die herrschenden Parteien der AFD begegnen wollen! Die Rechtsentwicklung kann und wird nie friedlich mit der Demokratie koexistieren, sie wird sie früher oder später gänzlich verschlingen, wenn man sie nicht vorher besiegt! Die Ermordung der hier begrabenen Zwangsarbeiter hätte verhindert werden können, hätten sich Sozialdemokraten und Kommunisten mit weiteren progressiven Kräften in einer Front gegen Hitler und die Monopolisten versammelt und einen Generalstreik durchgesetzt.

Im heutigen Kampf für Freiheit und Demokratie und gegen die fortschreitende rechte Wende müssen wir deshalb mit allen fortschrittlichen, demokratischen Organisationen zusammenstehen und zeigen, dass wir nichts vergessen, dafür umso mehr gelernt haben! Wir werden nicht zulassen, dass der Faschismus jemals wieder Fuß fassen kann!

Wir werden nicht zulassen, dass die Zwangsarbeiter in Solingen sowie in Deutschland überhaupt je vergessen werden!

Wir werden nicht zulassen, dass die gefallenen Alliierten der ‚Anti-Hitler-Koalition‘ umsonst gestorben sind! Das sind wir den Ermordeten schuldig!

Auch 76 Jahre nach dem Ende des Hitlerfaschismus und des Zweiten Weltkrieges fordern wir: ‚Kein Vergessen, kein Vergessen!‘“

Gedenkdemonstration für Şahin Çalışır

Am 27. Dezember 2021 demonstrierten Antifaschist*innen in Solingen-Gräfrath, um an den Tod von Şahin Çalışır zu erinnern. Er wurde Opfer einer rassistischen Attacke. Die Spur der Täter führt auch zur ehemaligen Karateschule Hak Pao in Solingen-Gräfrath, in der unter den Augen des Verfassungsschutzes Faschist*innen jahrelang unbehelligt trainieren konnten. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Aufruf der Initiator*innen der Gedenkdemonstration.

„Şahin Çalışır starb vor 29 Jahren auf der Autobahn bei Meerbusch. Der aus Duisburg stammende 20jährige Şahin Çalışır hatte gerade seine Ausbildung bei Thyssen abgeschlossen. Am 27. Dezember 1992 machten drei rechte Solinger Hooligans, u. a. der einschlägig vorbestrafte Klaus Evertz und der bei Hak Pao organisierte Lars Schoof, mit ihrem Auto auf der Autobahn 57 Jagd auf Ausländer. Sie versuchen ein Auto mit türkischen Menschen zu rammen. Şahin Çalışırs PKW wird mehrfach bedrängt und schließlich touchiert. Der PKW drehte sich und gerät in die Leitplanken. Şahin Çalışır und seine zwei türkischen Begleiter flüchteten voller Panik auf die Autobahn. Şahin Çalışır wird dabei von einem nachfolgenden Auto überfahren und getötet.

11 Monate später, der Solinger Brandanschlag war noch keine 5 Monate her, konnte das Schöffengericht Neuss kein ‚ausländerfeindliches‘ oder gar ein rassistisches Motiv für die Verfolgungsjagd erkennen. Obwohl dem Gericht ein Brief des Fahrers Evertz vorlag, in dem er über den getöteten Şahin Çalışır folgendes geschrieben hatte: ‚Das mit dem Herumlaufen hat sich für ihn erledigt.‘ Der Fahrer Evertz, bereits als rechter Hooligan einschlägig vorbestraft, erhielt nur 15 Monate Haft wegen ‚fahrlässiger Tötung‘ und ‚fahrlässiger Straßenverkehrsgefährdung‘. Dass im Auto von Evertz zwei weitere rechte Hooligans saßen, spielte im Prozess auch keine Rolle. Der Beifahrer von Evertz, Lars Schoof, trainierte z.B. in der Karateschule HAK Pao unter V-Mann Bernd Schmitt in Solingen-Gräfrath und war als Ordner für die rechtsextreme ‚Deutsche Liga für Volk und Heimat‘ tätig. Bei Hak Pao verkehrten auch die späteren Brandstifter von Solingen.

Am 27. Dezember 2020 waren wir zusammen mit Orhan Çalışır, einem Cousin von Şahin Çalışır, und anderen Initiativen vor dem Neusser Amtsgericht, um zum ersten Mal seit der Todesnacht an Şahin Çalışır zu erinnern. Orhan Çalışır erinnerte sich auf der Gedenkundgebung noch genau an den Strafprozess in Neuss: (...) ‚In seinem Plädoyer sagte der Staatsanwalt, dass es ein unglücklicher Verkehrsunfall war und dass die Jungs - übersetzt die Neonazis - keine Typen seien, die sich ein Auto nehmen und ganz nach dem Motto ‚jetzt wollen wir Mal sehen, bis ein Ausländer vor dem Kühler läuft‘. So wurde Şahin am 7. Oktober 1993, fast 10 Monate nach seiner Ermordung auf der Autobahn 52 noch einmal getötet. Und zwar hier in diesem Haus. Deshalb ist dieses Gerichtsgebäude ein zweiter Tatort. Diese Haltung des Staates bei rassistischen Morden ermutigte die Täter zu anderen, noch brutaleren Taten.‘

Orhan Çalışır verwies aber auch auf die ungeheuerlichen Versäumnisse der Polizei: ‚Wenn sie damals (...) direkt nach dem Tod von Şahin, in den Kreisen richtig ermittelt hätten, und zwar in Solingen, direkt in Solingen, wo der Schoof herkommt, wo er trainiert mit anderen Neonazis, hätte meines Erachtens, höchstwahrscheinlich, diese Katastrophe von Solingen verhindert werden können.‘ (<https://vimeo.com/497312093>) Hätte sich der zuständige Wuppertaler Staatsschutz für Schoof von Hak Pao wirklich interessiert, wären sie schon im Herbst 1992 auf den für die NF aufgebauten VS-Honeypot ‚Hak Pao‘ ‚gestoßen‘ und hätten diese gefährliche Nazistruktur unter normalen rechtsstaatlichen Verhältnissen polizeilich aufgelöst. Passiert ist hingegen nichts (...). Die Wuppertaler Staatsschützer wollten unter keinen Umständen die hochgeheime Verfassungsschutz-Operation mit Bernd Schmitt, die sie selber im April 1992 miteingefädelt hatten, stören. Ohne Rücksicht auf mögliche weitere Opfer von Nazis, die in der VS-mitfinanzierten Kampfsportschule Hak Pao ungestört rekrutiert und sozialisiert werden konnten. Bis zur Todesnacht von Solingen.

Wir fordern die Öffnung aller Akten in Bezug auf die geheimdienstlichen und polizeilichen Aktivitäten um Bernd Schmitts Karateschule Hak Pao und der diversen Infiltrationen der Nationalistischen Front (NF)! Dies gilt insbesondere für die regionalen NF-Strukturen in Wuppertal, Solingen und NRW. Wir fordern die Bestrafung der Täter und der verantwortlichen Geheimdienstler und Polizisten, die in die VS-Operation Hak Pao verwickelt waren.“



Rückblick

Berufsverbote nach Gesinnungsschnüffelei

Vor 50 Jahren, am 28. Januar 1972, beschlossen Bundeskanzler Willy Brandt und die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer den sogenannten „Radikalenerlass“.

In der Folgezeit wurden rund 3,5 Millionen Menschen politisch überprüft. Die Geheimdienste meldeten den Einstellungsbehörden zwischen 25.000 und 35.000 „verdächtige Bewerber und Bewerberinnen“. Es kam zu 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen.

Betroffen waren Lehrer*innen, Fernmeldetechniker*innen, Briefträger*innen, Lokomotivführer*innen und Menschen, die in der Sozialarbeit oder Rechtspflege tätig waren. Sie wurden diffamiert, ausgegrenzt, ihre Lebensperspektiven zerstört.

Der „Radikalenerlass“ traf nicht nur Mitglieder kommunistischer und sozialistischer Organisationen, sondern auch anderer linker Gruppierungen bis hin zu Friedensinitiativen. Fast ausnahmslos wurden ihnen legale politische Aktivitäten wie die Kandidatur bei Wahlen, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Unterzeichnen politischer Erklärungen vorgeworfen. Bis weit in die 1980er Jahre versuchte man Duckmäusertum zu erzeugen und Einschüchterung zu praktizieren.

Internationale Solidarität gegen die Berufsverbote

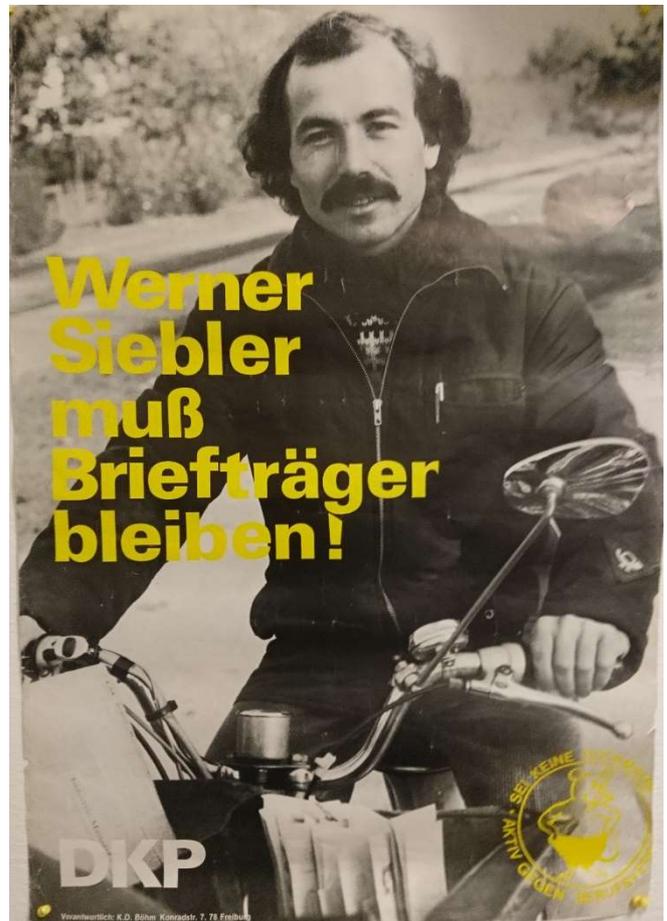
Dagegen entwickelte sich eine breite Solidaritätsbewegung im In- und Ausland. Das Wort „Berufsverbot“ fand Eingang in die englische und französische Sprache.

In Deutschland wendeten sich die Jugend- und Studentenorganisationen von SPD und FDP, Gewerkschaften, der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann und auch Heinrich Böll gegen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote.

Viele der Betroffenen haben sich nicht nur sieben lange Jahre lang in ihren Beruf zurückklagen müssen, sie kämpfen auch heute noch um Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Sie spüren die Auswirkungen ihrer Berufsverbote durch Kürzung ihrer Ruhegehälter oder leiden unter Altersarmut.

Rehabilitierung der Opfer steht bis heute aus

Willy Brandt bezeichnete den „Radikalenerlass“ später als seinen größten politischen Irrtum. Bis heute wurde dieser „Irrtum“ von SPD-geführten Bundesregierungen nicht korrigiert. Auch die neue Bundesregierung unter



Werner Siebler ist eines der bekanntesten Opfer der Berufsverbote. Wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP durfte er seine Tätigkeit als Briefträger in den 1980er Jahren nicht mehr ausüben.

Olaf Scholz verschließt weiter die Augen vor diesem jahrzehntelangen staatlichen Unrecht. Sie spricht dem Verfassungsschutz allen rechten Skandalen zum Trotz ihr vollstes Vertrauen aus.

Unterschriftensammlung für Rehabilitierung und finanzielle Entschädigung

Der Initiativkreis gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte plante am 28. Januar eine Unterschriftensammlung an die Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu übergeben. Darin wird gefordert, „den Radikalenerlass“ generell und bundesweit aufzuheben, alle Betroffenen zu rehabilitieren und finanziell zu entschädigen.

Federführend für den maßgeblichen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zum „Radikalenerlass“ war als Berichterstatter der Verfassungsrichter Willi Geiger, bis 1945 NSDAP-Mitglied und SA-„Rottenführer“, der als Ankläger auch fünf Todesurteile erwirkt hatte. Geiger hatte nicht nur auf der öffentlichen Vollstreckung der Urteile bestanden, sondern auch darauf, dabei persönlich anwesend zu sein.

Wir gratulieren unserer Genossin Inge Krämer zur Auszeichnung mit dem Silbernen Schuh!

Am 17. Dezember 2021 überreichte der Oberbürgermeister der Stadt Solingen, Tim Kurzbach, im Rahmen der Demokratiekonferenz die Auszeichnung „Silberner Schuh“ an die Antifaschistin und Kommunistin Inge Krämer. Der Preis wurde vom Solinger Bündnis für Toleranz und Zivilcourage ins Leben gerufen und zeichnet alljährlich Menschen und Organisationen für ihr mutiges Eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus.

Inge wurde im April 1937 in Herne geboren. Als Kind erlebte sie schon früh die Schrecken des Faschismus und des Krieges: „Todes- und Vermisstennachrichten erreichten uns nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf die Sowjetunion. Onkel Heinrich, der jüngste Bruder meiner Mutter, musste mit 28 Jahren sterben. (...) Onkel Hermann wurde als vermisst gemeldet. Bis heute gibt es keine andere Nachricht. Onkel Viktor war verschwunden. Nach dem Krieg erfuhren wir, dass er nach Sachsenhausen, dann nach Bergen-Belsen verschleppt worden war. Wir sahen ihn nie wieder. (...) Wir wurden ausbombardiert, umquartiert, evakuiert. Spindeldürr, schreckhaft und schlafgestört waren wir Kinder. Bei einem einzigen Bombenangriff verlor ich alle meine Spielkameraden. Wochenlang suchte ich sie noch auf den Höfen und in den Ecken, wo wir immer gespielt hatten. Ich rief ihre Namen. Niemand mehr da. Der Krieg hatte mir die Unbefangtheit und das Lachen geraubt“, so berichtete sie in ihrer Rede anlässlich der Preisverleihung.

Ihr Vater, Hans Boenisch, war als Bergmann tätig und als Kommunist aktiv. Während des Faschismus war eine politische Tätigkeit nur in der Illegalität möglich: „Als siebenjähriges Kind erlebte ich die letzte, wie immer politisch begründete, Verhaftung meines Vaters. Gefangenenbegünstigung war dieses Mal der Grund. Er hatte sein Brot als Bergmann unter Tage mit russischen Zwangsarbeitern geteilt. Vor meiner Geburt



Inge Krämer engagiert sich auf vielfältige Weise, hier auf einem der Pressefeste der UZ.

war mein Vater mehrfach verhaftet worden wegen der Verbreitung von Flugschriften. Sie sperrten ihn in das Gerichtsgefängnis von Herne, später in Hamborn, in das KZ Brauweiler und das Gefängnis Bochum ein. Schließlich wurde er wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor dem Oberlandesgericht in Hamm angeklagt.“

„Ich möchte keine Angst verbreiten, sondern Mut machen“

Diese Erfahrungen haben Inge geprägt. Sie engagierte sich während ihrer Jugend und in ihrem Berufsleben in vielfältigen Initiativen und Aktionen – Antifaschismus war dabei immer ihr Leitbild. Nach ihrem Renteneintritt begann sie in Schulen als Zeitzeugin über ihre Erlebnisse zu berichten: „Die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler, die zum Teil sehr berührend waren, oder die Zeitungsberichte beweisen, wie wichtig die Vermittlung der erlebten Geschichte durch die letzten Zeitzegen ist. Zum Teil wurde das Gehörte nicht nur im Geschichtsunterricht, sondern auch im Kunst- und Musikunterricht oder in Projekten von Schülergruppen verarbeitet“, so berichtet sie in ihrer Rede.

Wichtig ist ihr dabei immer, sich nicht auf die Darstellung der Gräueltaten des Naziregimes zu beschränken, sondern dafür zu sensibilisieren, dass die junge Generation Verantwortung für die Zukunft trägt. Die Reaktionen von Schüler*innen zeigen, dass ihr das gelingt: „Ihre Erzählungen haben mir gezeigt, dass man sehr vorsichtig und hellhörig auf Entwicklungen achten muss. Heute hört man in den Nachrichten, dass die Neonazis viele neue Mitglieder bekommen haben. Nach Ihrem Vortrag sehe ich das viel kritischer als vorher und ich möchte auf keinen Fall, dass sich jemand von meinen Freunden diesen Gruppen anschließt. Wenn ich so etwas bemerken würde, würde ich alles versuchen, sie davon abzuhalten. Deshalb macht es großen Sinn, dass Sie an die Schulen gehen und uns Schülern von damals erzählen.“

Und das ist das Ziel des Engagements von Inge Krämer: der jungen Generation Mut zu machen, sich selbstbewusst gegen jede Form von Ausgrenzung und Rassismus zu stellen und den Nazis auf der Straße und im Parlament offensiv entgegenzutreten.



*Die Auszeichnung: Ein silberner Schuh auf einer Schieferplatte mit dem Namen der Preisträger*innen.*